



Konferenzresolution

angenommen von der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die am 26. und 27. August 2013 in Pärnu (Estland) zusammengekommen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Wirtschaftswachstum und Innovationen", "grünes und blaues Wachstum" und "kreatives Unternehmertum" erörternd,

unter Betonung der Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in der Feststellung, dass diese die demokratische Legitimität der Zusammenarbeit stärkt,

unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der nachhaltigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und an die Regierungen appellierend, sich ernsthaft und entschlossen um die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zu bemühen,

unter Betonung der für beide Seiten nützlichen Interaktion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz auf allen Ebenen und in allen Bereichen und unter Anerkennung der Tatsache, dass eine enge Koordinierung zwischen Legislative und Exekutive die Umsetzung von Programmen und Projekten zugunsten der Ostseeregion und ihrer Bürgerinnen und Bürger begünstigen wird,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Region

1. für die effektive und systematische Umsetzung der gemeinsam auf der Grundlage regionaler Strategien und politischer Maßnahmen festgelegten prioritären Projekte in der Ostseeregion zu sorgen und dabei regionale Kooperationsstrukturen wie die Nördliche Dimension und Regionalräte zu nutzen;
2. sich nachhaltig für die Förderung der Mobilität innerhalb der Region einzusetzen, insbesondere durch die Bekämpfung bürokratischer und physischer Hürden wie Zollbestimmungen und -verfahren und Visabeschränkungen zwischen Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten;
3. unverzüglich weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Eutrophierung und Verschmutzung der Ostsee zu treffen, vor allem durch gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Kapazitäten für die Aufbereitung von Abwässern;

4. die Gründung und Tätigkeit demokratischer nichtstaatlicher Organisationen in der Ostseeregion zu unterstützen und ihre internationale Zusammenarbeit und Aktivitäten politisch und finanziell zu unterstützen;
5. die Bedeutung des Ostsee-Jugendsekretariats für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen und in diesem Zusammenhang auch den Beschluss des XI. Ostsee-NGO-Forums zur Schaffung eines Ostsee-Jugendnetzwerks zu unterstützen sowie darüber hinaus die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung und Gewährleistung effektiver Methoden und Lösungen für eine verbesserte Zusammenarbeit hervorzuheben;
6. die zentrale politische Stellung des Ostseerates in der Ostseeregion im Hinblick auf die Schaffung und Umsetzung einer gemeinsam vereinbarten strategischen Vision für die Region auf bestmögliche Weise zu nutzen;

in Bezug auf Wachstum, Innovationen, Kreativität und Unternehmertum in der Ostseeregion

7. Aufklärungsmaßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu initiieren und zu unterstützen und dabei einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der Innovationen als wichtiges Element bei der Herstellung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen anerkennt;
8. ein günstiges Innovationsklima zu fördern, beispielsweise durch die Entwicklung nationaler Innovationsprogramme und -strategien und durch die Aufforderung an öffentliche Organisationen und Behörden, Aktionspläne für innovatives Management und innovative Geschäftstätigkeit zu verabschieden;
9. innovatives Wissen und innovative Fertigkeiten in Grundschulen und weiterführenden Schulen, Berufsausbildung und Studium beispielsweise dadurch zu fördern, dass das Thema "Innovation" einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhält und Ressourcen für Grundlagenforschung und -entwicklung bereitgestellt;
10. den demographischen Wandel auch als Quelle für Innovationen zu betrachten, wobei besonderes Augenmerk auf die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen gerichtet werden sollte;
11. Maßnahmen zur Gewährleistung eines geeigneten Regulierungsumfelds zu treffen, der Innovationen fördert und bürokratische Hemmnisse beseitigt;
12. die Kreativwirtschaft als Motor von Wachstum und Beschäftigung zu fördern;
13. steuerliche Anreize für Innovation zu schaffen, z.B. Steuererleichterungen zur Stimulierung der Gründung und des Wachstums innovativer Unternehmen und Dienstleistungen;
14. zwecks Stärkung der maritime Wirtschaft zu prüfen, ob und wie (gegebenenfalls) wirtschaftliche Anreize für die Flottenmodernisierung in Betracht gezogen werden können;

15. die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Mitteln und Anschubfinanzierungen zur Unterstützung innovativer Initiativen und Unternehmen zu gewährleisten und die Entwicklung bankfähiger Projekte im Bereich Innovation zu fördern;

16. die Bedeutung von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Ostseeregion zur Kenntnis zu nehmen und die Einsetzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates (*CBSS Pilot Financial Initiative, PFI*) als neuen Mechanismus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu begrüßen und die Finanzinstitutionen in der Region aufzufordern, sich der PFI anzuschließen;

17. Synergien und Mehrwert durch den Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit im Bereich Innovationen in der Ostseeregion zu nutzen, beispielsweise durch die Unterstützung von Mobilität und Verbreitung von Wissen und Innovationsnetzwerken und -clustern (innerhalb bestimmter Sektoren und sektorübergreifend);

18. Maßnahmen zur Freisetzung des im Küsten- und Meeresbereich vorhandenen Potenzials zu treffen, was zu nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungschancen führt;

19. Innovationen, Wachstum und Zusammenarbeit in der maritimen Wirtschaft zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Meerestechnologien wie alternativen Antriebssystemen sowie im Bereich der neu entstehenden maritimen Sektoren wie der blauen Biotechnologien, Aquakultur und Offshore-Energie, durch Förderung der interregionalen Zusammenarbeit in der Schifffahrt und im Schiffsbau und Entwicklung von Logistik und Infrastruktur, beispielsweise im Hinblick auf die Bereitstellung von Flüssiggas (LNG) und Strom in den Ostseehäfen;

20. das Unternehmertum und eine gemeinsame transnationale Kooperationsplattform für den Tourismus zu fördern, da der Tourismus ein Sektor ist, der erheblich zu Innovation und Wachstum in der Ostseeregion beitragen kann, und darüber hinaus den Schwerpunkt auf den Küsten- und Meerestourismus zu legen;

21. Maßnahmen zur Harmonisierung des Arbeitsmarkts und der Sicherheitsstandards für Beschäftigte in der Kreativwirtschaft zu treffen und Aktionspläne für mehr Transparenz, Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft als Schlüsselemente für die Kreativwirtschaft auf den Weg zu bringen;

22. sich dafür einzusetzen, dass die Transformation in eine wissensbasierte Gesellschaft nicht auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts oder der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten geschieht, z.B. durch die Förderung von Innovationsclustern in den Städten und auf dem Land;

23. die Finanzierung von Projekten, die sich mit dem Thema "Kultur und kulturelle Identität" befassen, und Modellprojekte in der Kreativwirtschaft zu unterstützen;

in Bezug auf grünes Wachstum und Energieeffizienz

24. die Maßnahmen zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins im Hinblick auf die Frage zu verstärken, inwieweit grünes Wachstum und Energieeffizienz das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unterstützen können;

25. die Zusammenarbeit bei der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards und Bauordnungen, die die Qualität von Bauten, gemeinsamer Regeln für die Anerkennung und Evaluierung von Sachverständigen für Baubewertung und gegebenenfalls gemeinsamer Kriterien für ein grünes öffentliches Beschaffungswesen zu stärken, um einen größeren Markt für neue Produkte und innovative Lösungen zu schaffen, die grünes Wachstum unterstützen;
26. die Maßnahmen der nationalen Netzbetreiber zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Verknüpfung nationaler Leitungen in Abstimmung mit Vereinbarungen auf erweiterter europäischer Ebene zu unterstützen und zu verstärken, um Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien – auch im Offshore-Bereich – zu unterstützen und zur Energieversorgungssicherheit beizutragen;
27. Finanzierungsprogramme weiterzuentwickeln und umzusetzen, die grünes Wachstum und Energieeffizienz fördern, und rechtliche Bestimmungen zu entwickeln, die die innovative Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Gebäuden unterstützen;
28. die Entwicklung neuer sauberer Technologien zu fördern und die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien zu unterstützen, um die Sicherheit im Seeverkehr zu verbessern und saubere Treibstoffe sowie energieeffiziente Lösungen für den Land- und Seetransport in der Ostseeregion zu entwickeln;
29. vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschärfung der Grenzwerte für Schwefelemissionen in den Schwefelemissions-Kontrollzonen die Bemühungen der Helsinki-Kommission zur Gründung einer "Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt" ("Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping") zu unterstützen;
30. die Resultate der Konferenz der Staatschefs der Ostseestaaten zum Umweltschutz (St. Petersburg, 5.-6. April 2013) im Rahmen des russischen Vorsitzes im Ostseerat als wichtigen Schritt in Richtung Umweltsanierung in der Ostseeregion zu begrüßen;

in Bezug auf den Menschenhandel

31. die zehn Empfehlungen der Berichterstatter über Menschenhandel der Ostseeparlamentarierkonferenz aufzugreifen, die in ihrem der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu (Estland) vorgelegten Abschlussbericht zu finden sind.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

32. eine Arbeitsgruppe "Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung" einzusetzen, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll;
33. die Arbeit des IPCC in Bezug auf den bevorstehenden Fünften Sachstandsbericht (AR5) zur Kenntnis zu nehmen und über dessen Auswirkungen auf die Ostseeregion zu beraten;

34. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2013-2014 anzunehmen;

35. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Polen, die 23. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn auszurichten, dankbar zu begrüßen.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Republik Karelien, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments und des Nordischen Rates.